

Friedensvertrag vereinbart

CSI fordert Umsetzung der Friedensinitiative in Bergkarabach



(v.l.n.r.) Armenischer Premierminister Nikol Pashinyan, US-Präsident Donald Trump und der aserbaidsschanische Präsident Ilham Aliyev im Juli in Abu Dhabi
Quelle: primeminister.am

Nach dem im Weissen Haus vereinbarten Friedensvertrag zwischen Armenien und Aserbaidschan fordert CSI die rasche Umsetzung der Schweizer Friedensinitiative für Bergkarabach – und die Freilassung aller politischen Gefangenen in beiden Ländern.

Christian Solidarity International (CSI) hat den von Armeniens Premierminister Nikol Paschinjan und Aserbaidschans Präsident Ilham Alijew im Weissen Haus initialisierten Friedensvertrag begrüsst. Dr. John Eibner, Präsident von CSI, gratulierte Präsident Trump zu seinem Vermittlungserfolg und seinen Bemühungen um regionalen Frieden: «Wir hoffen, dass der geplante

Friedensvertrag zu einem dauerhaften Frieden für alle Völker dieser Region beitragen wird – anders als frühere Abkommen, die von Aserbaidshan unterzeichnet und anschliessend verletzt wurden», heisst es in einer Mitteilung von CSI.

Dieses historische Momentum müsse genutzt werden, um den jahrzehntelangen Konflikt um Bergkarabach zu lösen. Über 120'000 vertriebene Armenier warten weiterhin auf ihre Rückkehr. Im letzten Frühling hat das Parlament die Schweiz beauftragt, ein Friedensforum zwischen Aserbaidshan und Vertretern der Bevölkerung von Bergkarabach zu organisieren. Dort kann ein Rahmen ausgehandelt werden, der den Armeniern von Karabach die sichere, kollektive Rückkehr in ihre Heimat ermöglicht.

Schweizer Friedensinitiative hat breite Unterstützung

Das Komitee «Schweizer Friedensinitiative für Bergkarabach» schreibt in seiner [aktuellen Medienmitteilung](#): «Solange 120'000 Armenier nicht in ihre Heimat zurückkehren können, bleibt ein stabiler Frieden zwischen Armenien und Aserbaidshan ausser Reichweite.»

CSI unterstütze deshalb die Forderung des Komitees an Präsident Trump, Präsident Alijew und Premierminister Paschinjan, nun konkrete Schritte zur Umsetzung der Initiative zu ergreifen. In den letzten Monaten hat die Schweizer Friedensinitiative breite Unterstützung von Parlamentariern aus den USA und dem Vereinigten Königreich erhalten. Laut dessen Co-Präsidenten Stefan Müller-Altermatt (Nationalrat, SO) und Erich Vontobel (Nationalrat, ZH) möchte das Komitee in den nächsten Monaten noch weitere Länder für die Friedensinitiative gewinnen.

Gefangenfrage weiter offen

Im Zuge des Friedensschlusses müsse auch die Gefangenfrage gelöst werden. Zwei Dutzend armenische Geiseln werden weiterhin in aserbaidshanischen Gefängnissen festgehalten. Dutzende aserbaidshanische Friedensaktivisten, Akademiker und Journalisten sind ebenfalls inhaftiert oder ihr Verbleib ist ungeklärt.

Weitere Informationen zur [Schweizer Friedensinitiative](#)

Zum Thema:

[Apostolische Kirche: Armenien zum Beenden der Verfolgung aufgefordert](#)

[Forderung an Aserbaidschan: Armenische Christen sollen sofort freikommen](#)

[Um 40 Prozent gewachsen: Auswirkungen der Flucht aus Bergkarabach auf die Kirche](#)

Datum: 14.08.2025

Quelle: CSI

Tags

[Christen in der Gesellschaft](#)

[Asien](#)

[Amerika](#)